

Prozess- und Verfahrenskostenhilfe, Beratungshilfe

Gottschalk / Schneider

11. Auflage 2025
ISBN 978-3-406-81157-9
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

NJW Praxis

Im Einvernehmen mit den Herausgebern der NJW
herausgegeben von
Rechtsanwalt Felix Busse

Band 47



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Prozess- und Verfahrens- kostenhilfe, Beratungshilfe

von

Yvonne Gottschalk

Richterin am Oberlandesgericht Frankfurt a. M.

Hagen Schneider

Diplom-Rechtspfleger, Justizamtsrat, Magdeburg

Fortführung des von

Dr. Elmar Kalthoener †

begründeten Werks

11., vollständig überarbeitete Auflage 2025

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



C.H. BECK

Zitierweise: Gottschalk/Schneider PKH/VKH Rn. ...



beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck.de

ISBN 978 3 406 81157 9

© 2025 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Satz und Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur 11. Auflage

Der Prozess- und Verfahrenskostenhilfe kommt in der Justiz eine wichtige Rolle zu, da durch sie allen Rechtsuchenden der gleichen Zugang zum Recht gewährleistet werden soll. Auch wenn der Umfang der Inanspruchnahme variiert, ist die Anzahl der Anträge auf Bewilligung von Prozess- bzw. Verfahrenskostenhilfe in gerichtlichen Verfahren hoch, da viele Menschen aufgrund ihrer persönlichen und wirtschaftlichen Situation finanzielle Unterstützung benötigen, um ihre Rechte vor Gericht geltend machen zu können. So wurden allein von den Amts- und Landgerichten 2022 bundesweit nahezu 47.000 erstinstanzliche Entscheidungen zur Prozess- und Verfahrenskostenhilfe getroffen.

Die zu diesem Rechtsgebiet seit dem Erscheinen der 10. Auflage ergangene zahlreiche Rechtsprechung hat nun eine Neuauflage des Werks erforderlich gemacht. Auch wurden zwischenzeitlich die maßgeblichen Freibeträge mehrfach – zuletzt zum 1.1.2025 – angepasst. Das alles berücksichtigt die aktualisierte 11. Auflage, so dass dem Leser wieder ein aktueller Ratgeber zur Verfügung steht.

Es war uns dabei wie immer ein Bestreben, dem Leser ein zuverlässiges Bild über die aktuelle Praxis der Prozesskostenhilfe, Verfahrenskostenhilfe und die Beratungshilfe zu geben und hoffen, dass dieses Buch Ihnen in Ihrem beruflichen Alltag wieder eine wertvolle Hilfe sein wird. Für Kritik und Anregungen sind wir dankbar.

Für seine große Unterstützung unserer Arbeit möchten wir uns bei Herrn Dr. Rosner vom Verlag C.H.Beck bedanken, der uns mit seiner Expertise und seinem Engagement sehr geholfen hat.

Der Bearbeitung liegen Gesetzgebung und Rechtsprechung nach dem Stand von November 2024 zugrunde. Das angekündigte KostRÄG 2025, zu dem bereits ein Referentenentwurf vorlag, hat der Gesetzgeber bisher nicht verabschiedet, sodass es in dieser Auflage keine Berücksichtigung finden konnte. Da der weitere Fortgang des Gesetzesvorhabens ungewiss und dieses Werk zudem nur sehr marginal berührt wird, haben wir uns nun für eine Veröffentlichung entschieden, um dem Leser zeitnah wieder ein aktuelles Buch zur PKH und VKH zur Verfügung stellen zu können.

Frankfurt und Magdeburg, im November 2024

Yvonne Gottschalk
Hagen Schneider



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Bearbeitendenverzeichnis

Schneider: §§ 1–5; 11–13; 16–24
Gottschalk: §§ 6–10; 14; 15



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 11. Aufl.	V
Bearbeitendenverzeichnis	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXV
1. Teil. Prozess- und Verfahrenskostenhilfe	1
§ 1 Einleitung	1
§ 2 Andere Wege der Prozesskostenminderung	5
§ 3 Anwendungsbereiche der Prozesskostenhilfe	6
§ 4 Parteien im Prozesskostenhilferecht	23
§ 5 Das Prozesskostenhilfe-Bewilligungsverfahren	48
§ 6 Bedürftigkeit	103
§ 7 Erfolgsaussicht	176
§ 8 Mutwillen	199
§ 9 Bewilligung von Prozesskostenhilfe/Verfahrenskostenhilfe	217
§ 10 Beordnung Rechtsanwalt	232
§ 11 Wirkung der PKH-Bewilligung für die Parteien	262
§ 12 Wirkung der Anwaltsbeordnung im Einzelnen und Anwaltsvergütung	281
§ 13 Anspruchsübergang auf die Staatskasse gemäß § 59 RVG	321
§ 14 Überprüfung und Abänderung der PKH-Bewilligung	330
§ 15 Aufhebung der PKH-Bewilligung	343
§ 16 Sofortige Beschwerde im PKH-Verfahren	363
§ 17 Grenzüberschreitende Prozesskostenhilfe	389
2. Teil. Beratungshilfe	397
§ 18 Allgemeines	397
§ 19 Subjektive Voraussetzungen	410
§ 20 Objektive Voraussetzungen	412
§ 21 Umfang der Beratungshilfe	426
§ 22 Bewilligungsverfahren	429
§ 23 Gebühren und Vergütung	443
§ 24 Kostenfestsetzungsverfahren	462
Sachverzeichnis	467



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

1. Teil. Prozess- und Verfahrenskostenhilfe	1
§ 1 Einleitung	1
I. Das Gesetz über Prozesskostenhilfe vom 13.6.1980	1
II. Änderungen des Prozesskostenhilferechts in der Folgezeit	2
§ 2 Andere Wege der Prozesskostenminderung	5
§ 3 Anwendungsbereiche der Prozesskostenhilfe	6
I. Verfassungsgerichtsbarkeit	6
II. Ordentliche Gerichtsbarkeit	7
1. Zivilprozess	7
2. Familiensachen und Freiwillige Gerichtsbarkeit	13
3. Strafprozess	14
III. Arbeitsgerichtsbarkeit	18
IV. Verwaltungsgerichtsbarkeit	19
V. Sozialgerichtsbarkeit	20
VI. Finanzgerichtsbarkeit	21
VII. Ausländische Gerichte	22
§ 4 Parteien im Prozesskostenhilferecht	23
I. Natürliche Personen	23
1. Geltendmachung eigener Rechte	23
2. Geltendmachung abgetretener Rechte	24
3. Prozesstandschaft	25
4. Musterprozesse	27
5. Gesetzliche Vertretung	28
6. Streitgenossen	28
7. Ehegatten als Streitgenossen	30
8. Streitgehilfen und Beigeladene	31
9. Das verfahrensfähige Kind	31
10. Ausländer und Staatenlose	32
11. Beteiligte im Insolvenzverfahren	33
II. Parteien kraft Amtes	38
1. Insolvenzverwalter	39
2. Andere Parteien kraft Amtes	44
3. Keine Anwendung von §§ 115 Abs. 2, 117 Abs. 3 ZPO	44
III. Juristische Personen und parteifähige Vereinigungen	45
IV. Nicht parteifähige Vereinigungen	47
V. Parteiwechsel	47
§ 5 Das Prozesskostenhilfe-Bewilligungsverfahren	48
I. Zulässigkeit eines Prozesskostenhilferechts	48
1. Objektive Zulässigkeitsvoraussetzungen	48
2. Subjektive Zulässigkeitsvoraussetzungen	52
II. Form des Antrags	53
1. Schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle	53
2. Kein Anwaltszwang für den Antrag	54
3. Formularvorlage als Zulässigkeitsvoraussetzung?	54
III. Zuständiges Gericht für den Antrag	55

IV. Antragswirkungen	59
1. Anhängigkeit Prozesskostenhilfverfahren	59
2. Sonstige prozessuale Wirkungen des Prozesskostenhilfeantrags	59
3. Gleichstellung PKH-Antrag mit Klageerhebung?	61
V. Prozesskostenhilfeantrag mit Klage oder Rechtsmittel	63
1. PKH-Antrag und Klage	63
2. PKH-Antrag und Rechtsmittel	65
VI. Notwendiger Inhalt des Prozesskostenhilfeantrags	71
1. Mindestinhalt	71
2. Darstellung des Streitverhältnisses	71
3. Formular	73
VII. Hilfe zur Antragstellung durch Rechtsanwälte und Gerichte	80
1. Anwaltpflicht zu Hinweis und Belehrung	80
2. Beratungspflicht des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle	81
3. Fürsorge- und Hinweispflicht des Gerichts	81
4. Amtshaftung	82
VIII. Das Prozesskostenhilfe-Prüfungsverfahren (§ 118 ZPO)	82
1. Rechtsnatur des Verfahrens	82
2. Beteiligung des Gegners (§ 118 Abs. 1 S. 1 ZPO)	83
3. Datenschutz im PKH-Prüfungsverfahren	84
4. Keine Prozesskostenhilfe für das PKH-Prüfungsverfahren	85
5. Verfahrensgang	88
6. Einigungsgebühr bei anhängigem PKH-Verfahren	102
7. Hauptgebote für den Richter im PKH-Prüfungsverfahren	103
8. Förderung des PKH-Verfahrens durch den Antragsteller	103
§ 6 Bedürftigkeit	103
I. Gesetzliche Grundlagen	103
II. Personaler Bezugspunkt der „persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse“	105
III. Berechnung des Einkommens	106
1. Ermittlung des Bruttoeinkommens	106
2. Einzelne Einkunftsarten	108
3. Fiktives Einkommen	114
4. Schätzung des Einkommens nach den Lebensverhältnissen des Antragstellers	116
5. Bildung von Rücklagen	117
6. Zeitpunkt der Einkommensfeststellung	117
IV. Abzüge vom Einkommen	117
1. Die in § 82 Abs. 2 SGB XII genannten Beträge (§ 115 Abs. 1 S. 3 Nr. 1a ZPO)	117
2. Freibetrag für Erwerbstätige, § 115 Abs. 1 S. 3 Nr. 1b ZPO	121
3. Freibetrag für die Partei, § 115 Abs. 1 S. 3 Nr. 2a ZPO	122
4. Unterhaltsfreibetrag für den Ehegatten/Lebenspartner des Antragstellers, § 115 Abs. 1 S. 3 Nr. 2a ZPO	122
5. Unterhaltsfreibetrag für weitere unterhaltsberechtigte Personen, § 115 Abs. 1 S. 3 Nr. 2b ZPO	123
6. Kosten der Unterkunft und Heizung, § 115 Abs. 1 S. 3 Nr. 3 ZPO	125
7. Mehrbedarfe, § 115 Abs. 1 S. 3 Nr. 4 ZPO	128
8. Besondere Belastungen, § 115 Abs. 1 S. 3 Nr. 5 ZPO	130
V. Die auf die Prozesskosten zu zahlenden Monatsraten, § 115 Abs. 2 ZPO	135
1. Berechnung der Monatsraten	136
2. Auslandsfälle	136
3. Mindestanzahl der Raten und voraussichtliche Kosten	137
4. Höchstens 48 Monatsraten unabhängig von der Zahl der Rechtszüge	138
5. Gestaffelte Ratenhöhe	139
6. Veränderung der Ratenhöhe in der zweiten Instanz	139
7. Ende und Einstellung der Ratenzahlung bei Kostendeckung (§ 120 Abs. 3 ZPO)	140
8. Wegfall besonderer Belastungen (§ 120 Abs. 1 S. 2 ZPO)	141

VI. Einzusetzendes Vermögen	141
1. Gesetzliche Grundlagen	141
2. Vorrang Einkommens- oder Vermögensprüfung?	142
3. Vermögensbestandteile	143
4. Schonvermögen	153
5. Kreditaufnahme	159
6. Künftiges Vermögen	160
VII. Fiktives Vermögen	161
VIII. Prozesskostenvorschussansprüche/Verfahrenskostenvorschussansprüche	162
1. Berücksichtigung im PKH-Verfahren	162
2. Persönliche Voraussetzungen des Prozesskostenvorschussanspruchs/ Verfahrenskostenvorschussanspruchs	164
3. Sachliche Voraussetzungen des Prozesskosten-, Verfahrenskostenvorschussanspruchs	167
4. Zeitpunkt der Geltendmachung	174
5. Prozesskostenvorschussansprüche ausländischer Parteien	174
6. Prozesskostenvorschuss gegen den Sozialhilfeträger für die Geltendmachung rückständigen Unterhalts (§§ 94 Abs. 4 SGB XII, 7 Abs. 4 UVG)	175
IX. Teilweise Hilfsbedürftigkeit	176
X. Veränderung der Verhältnisse	176
§ 7 Erfolgsaussicht	176
I. Hinreichende Erfolgsaussicht der beabsichtigten Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung	176
1. Keine verfassungsrechtlichen Bedenken	176
2. Begriff	177
3. Keine Überspannung der Anforderungen an die Erfolgsprüfung	177
4. Inhalt der Prüfung	178
5. Teilweise Erfolgsaussicht/Zuständigkeitsgrenzen	181
6. Erfolgsaussicht bei fehlender Vollstreckungsaussicht/Eröffnung eines Insolvenzverfahrens	182
7. Erfolgsaussicht bei freiwilliger Leistung	183
8. Erfolgsaussicht der Rechtsverteidigung	183
9. Erfolgsaussicht bei erforderlicher Beweisaufnahme	185
10. Entscheidender Zeitpunkt für die Prüfung der Erfolgsaussicht	186
11. Erfolgsprüfung in besonderen Verfahren	188
12. Erfolgsprüfung für die Zwangsvollstreckung	196
13. Erfolgsprüfung für die Rechtsmittelinstanz	197
§ 8 Mutwillen	199
1. Begriff	199
2. Rechtsprechungsbeispiele für Mutwillen (alphabetisch)	200
3. Zeitpunkt der Mutwillen-Prüfung	217
§ 9 Bewilligung von Prozesskostenhilfe/Verfahrenskostenhilfe	217
I. Gegenstand der Prozesskostenhilfe(VKH-)-Bewilligung	217
1. Unmittelbare Rechtswahrnehmung in gerichtlichen Verfahren mit besonderen Kosten	217
2. PKH-Bewilligung für jeden Rechtszug besonders	218
3. Beginn und Ende der Instanz	218
4. Umfang der Instanz	218
5. PKH für die Zwangsvollstreckung	221
II. Inhalt der PKH-Bewilligung	221
III. Rückwirkende PKH-Bewilligung	223
1. Grundsatz: Festlegung im Bewilligungsbeschluss	223
2. Trennung Zeitpunkt Rückbeziehung/Erfolgsprüfung	223
3. Grundsätzlich keine Rückbeziehung auf die Zeit vor Antragstellung	224
4. Rückbeziehung auf Antragstellung oder Entscheidungsreife?	224

5. Maßgeblicher Zeitpunkt: Eingang eines gemäß § 117 ZPO vollständigen Antrags	226
6. Verschulden des Anwalts ist der hilfsbedürftigen Partei zuzurechnen	226
7. Bewilligung von PKH nach Instanzende	227
8. Sofortige Beschwerde gegen PKH-Ablehnung nach Instanzabschluss	227
IV. Form der PKH-Entscheidung	228
1. Grundsatz: Keine stillschweigende Bewilligung	228
2. Stillschweigende PKH-Ablehnung	229
3. Urschrift maßgebend für Beschlussinhalt	229
4. Begründung des PKH-Beschlusses	229
5. Keine Kostenentscheidung im PKH-Verfahren	230
V. Wirksamwerden der PKH-Entscheidung	230
VI. Keine Rechtskraft der PKH-Ablehnung	232
§ 10 Beordnung Rechtsanwalt	232
I. Grundgedanke	232
II. Fünf Beordnungstatbestände	233
III. Verfahren der Beordnung	233
1. Ausdrücklicher Gerichtsbeschluss	233
2. Umfang der Beordnung	234
3. Antrag auf Beordnung	234
4. Freie Anwaltswahl	235
5. Bereitschaft des Anwalts zur Vertretung	238
6. Notanwalt	239
IV. Sachvoraussetzungen der Beordnung	239
1. Anwaltsprozess (§ 121 Abs. 1 ZPO; 78 Abs. 1 FamFG)	239
2. Parteiprozess/Verfahren ohne Anwaltszwang (§ 121 Abs. 2 ZPO, § 78 Abs. 2 FamFG)	240
3. Mehrkosten auswärtiger Anwalt (§ 121 Abs. 3 ZPO)	251
4. Verkehrsanwalt	254
5. Beweisaufnahmeanwalt	256
6. Beordnung eines Unterbevollmächtigten/Terminsvertreters?	256
V. Wirkung der Beordnung	258
1. Umfang der Beordnung	258
2. Mandatsvertrag und Prozessvollmacht	259
3. Überblick über vergütungsrechtliche Wirkungen der Beordnung	260
4. Wirksamkeit der Beordnung	261
§ 11 Wirkung der PKH-Bewilligung für die Parteien	262
I. Überblick	262
II. Gerichtskostenbefreiung der hilfsbedürftigen Partei	263
1. Grundsatz	263
2. Zeitpunkt für die Befreiung	263
3. Keine Änderung gesetzlicher Bewilligungswirkungen	263
4. „Rückständige“ und „entstehende“ Kosten	264
5. Gerichtsvollzieherkosten	264
6. Parteiauslagen als „Gerichtskosten“	265
7. Weitere Abgrenzungsfragen zu „Gerichtskosten“ (alphabetisch)	268
8. Geltendmachung der Kosten nach gerichtlicher Bestimmung	269
9. Gerichtskostenbefreiung bei Teilbewilligung von PKH	269
10. PKH ohne Anwaltsbeordnung	270
11. Rückzahlung von gezahlten Kosten	270
12. Zahlung der Gerichtskosten bei Übernahme durch Vergleich	271
III. Stundung der Vergütungsansprüche der beigeordneten Anwälte (§ 122 Abs. 1 Nr. 3 ZPO)	271
IV. Kein Einfluss der PKH auf die Kostenerstattung an den Prozessgegner	272
1. Grundsatz	272
2. Ausnahme	272

3. Einzelfragen zur Gerichtskostenverteilung	273
4. Ende der Kostenbefreiung	275
V. Kostenerstattungsanspruch der hilfsbedürftigen Partei	275
1. Eigener Prozessaufwand als materielle Voraussetzung	275
2. Kostenfestsetzungsantrag der Partei	276
3. Verstrickung der Kostenerstattungsansprüche der Partei durch Beitreibungsrechte des Anwalts	277
4. Nebeneinander der Kostenerstattungsansprüche der Partei und ihres Anwalts und „Umschreibung“	278
VI. Kostenvorteile des Prozessgegners infolge einer PKH-Bewilligung	279
§ 12 Wirkung der Anwaltsbeordnung im Einzelnen und Anwaltsvergütung	281
I. Privatrechtliche Vergütungsansprüche des beigeordneten Anwalts	281
II. Unzulässige Honorarvereinbarung nach § 3a Abs. 4 S. 1 RVG	281
III. Unzulässigkeit von Honorarvereinbarungen und der Geltendmachung von Honoraransprüchen nach der Berufsordnung für Rechtsanwälte	282
IV. Auslagensatzanspruch des beigeordneten auswärtigen Anwalts	283
V. Umfang der Stundung der Vergütung des beigeordneten Anwalts	283
1. Vor PKH-Bewilligung entstandene Vergütungsansprüche	283
2. Beiordnung eines „auswärtigen“ Anwalts (→ Rn. 690 ff.)	283
3. Vorschüsse der Partei an den Anwalt	285
4. Beiordnung eines anderen als des PKH-Verfahrensanwalts	286
5. Wechsel des beigeordneten Anwalts	286
6. Anwaltsgebühren bei Teilbewilligung PKH	287
7. Anwaltsgebühren bei Vertretung von Streitgenossen	287
8. Anwaltsgebühren bei Nichtbewilligung der PKH	288
9. Anwaltsgebühren bei Bewilligung von PKH	288
VI. Rechtsbeziehungen des Anwalts infolge der Beiordnung	289
1. Rechtsverhältnis zur Partei	289
2. Rechtsverhältnis zum Staat	289
3. Rechtsverhältnis zum kostenerstattungspflichtigen Prozessgegner	291
4. Drei konkurrierende Ansprüche des beigeordneten Anwalts gegen Partei, Staat, Prozessgegner	291
5. Anspruchsübergang auf die Staatskasse gemäß § 59 RVG	291
VII. Vergütung des beigeordneten Anwalts bzw. der sonstigen Berufsgruppen gemäß den §§ 45–59 RVG	292
1. Voraussetzungen der Vergütung aus der Staatskasse	292
2. Fälligkeit der Vergütung	296
3. Verjährung des Vergütungsanspruchs	297
4. Rückzahlung überzahlter Anwaltsvergütung	297
5. Rückfestsetzung	298
6. Art der Vergütung	299
7. Vorschusszahlung an Anwalt	307
VIII. Verfahren zur Festsetzung der Vergütung des beigeordneten Anwalts	308
1. Regelung	308
2. Antrag	308
3. Festsetzungsverfahren des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle	309
4. Entscheidung im Festsetzungsverfahren	311
5. Rechtsbehelfe	312
6. Rechtskraft der Vergütungsfestsetzung	314
7. Verwirkung	315
8. Aufhebung der PKH und Anwaltsvergütung	315
IX. Wahlanwaltsvergütung und Beitreibungsrecht des beigeordneten Anwalts	315
1. Anspruch auf Wahlanwaltsvergütung	315
2. Beitreibungsrecht des beigeordneten Anwalts gemäß § 126 ZPO	317
X. Vorschüsse und Zahlungen an den beigeordneten Rechtsanwalt (§ 58 RVG) ..	320

§ 13 Anspruchsübergang auf die Staatskasse gemäß § 59 RVG	321
I. Zweck der Vorschrift	321
II. Übergehende Ansprüche	321
III. Zeitpunkt des Anspruchsübergangs	326
IV. Verfügungen der Partei über den Erstattungsanspruch, Benachteiligung der Staatskasse	326
V. Einwendungen und Einreden gegen übergegangene Ansprüche	327
VI. Grundloses Unterlassen der Geltendmachung des Beitreibungsrechts nach § 126 ZPO durch den beigeordneten Anwalt	328
VII. Keine Geltendmachung des Übergangs zum Nachteil des beigeordneten Anwalts	329
VIII. Verjährung	329
IX. Verfahren bei Geltendmachung auf die Staatskasse übergegangener Ansprüche	330
§ 14 Überprüfung und Abänderung der PKH-Bewilligung	330
I. Allgemeines	330
II. Übergangsrecht	331
III. Wesentliche Veränderung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse	331
1. Veränderungen des Vermögens und des Einkommens	331
2. Wesentlichkeit der Veränderung	336
3. Beachtung der 4-Jahresgrenze von § 120a Abs. 1 S. 4 ZPO	336
4. Rechtsfolgen und Wirkung	336
IV. Verfahren	338
1. Zuständigkeit	338
2. Ordnungsgemäße Einleitung des Verfahrens	339
3. Die Vierjahresfrist des § 120a Abs. 1 S. 4 ZPO	341
4. Entscheidung	342
V. Rechtsbehelfe	342
§ 15 Aufhebung der PKH-Bewilligung	343
I. Allgemeines	343
II. Aufhebungstatbestände	346
1. § 124 Abs. 1 Nr. 1 ZPO	346
2. § 124 Abs. 1 Nr. 2 ZPO	349
3. § 124 Abs. 1 Nr. 3 ZPO	354
4. § 124 Abs. 1 Nr. 4 ZPO	355
5. § 124 Abs. 1 Nr. 5 ZPO	357
6. § 124 Abs. 2 ZPO	360
III. Wirkung der Aufhebung	361
IV. Zuständigkeit, Verfahren und Rechtsbehelfe	361
§ 16 Sofortige Beschwerde im PKH-Verfahren	363
I. Allgemeines und Abgrenzung	363
II. Zulässigkeit der sofortigen Beschwerde	366
1. Statthaftigkeit der sofortigen Beschwerde	366
2. Allgemeine Zulässigkeitsvoraussetzungen	378
3. Beschwerdefrist; Einlegung nach Instanzende oder Rechtskraft	378
4. Beschwer und allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	381
5. Abhilfeentscheidung und Vorlage	381
III. Begründetheit der sofortigen Beschwerde	383
1. Prüfungszeitpunkt	383
2. Prüfungsumfang	383
IV. Kosten der Beschwerdeinstanz	385
1. Gebühren und Streitwert	385
2. Kostenentscheidung im Beschwerdeverfahren?	387
3. Prozesskostenhilfe für das PKH-Beschwerdeverfahren?	387
V. Rechtsbehelfe gegen die Beschwerdeentscheidung	388
1. Die Rechtsbeschwerde	388

2. Gehörsrüge	389
3. Gegenvorstellung	389
§ 17 Grenzüberschreitende Prozesskostenhilfe	389
I. Grenzüberschreitende Prozesskostenhilfe in Zivilsachen nach der EG-Richtlinie 8/2003	389
1. Grundsätze	389
2. Ausgehende Ersuchen, § 1077 ZPO	390
3. Eingehende Ersuchen, § 1078 ZPO	391
4. Antragstellung unmittelbar bei dem Prozessgericht	392
II. Anträge nach dem Haager Übereinkommen über den Zivilprozess vom 1.3.1954 (BGBI. II 576) und des Haager Übereinkommens über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung v. 25.10.1980 (BGBI. 1990 II 207) ..	393
III. Fälle mit Auslandsbezug in Unterhaltssachen	393
IV. PKH für ein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof	394
V. PKH für ein Verfahren vor dem Europäischen Menschenegerichtshof	395
2. Teil. Beratungshilfe	397
§ 18 Allgemeines	397
I. Funktion und Entwicklung der Beratungshilfe	397
II. Abgrenzung zur Prozesskostenhilfe	399
III. Personenkreis	404
IV. Übernahme- und Hinweispflichten	405
V. Statistik	407
§ 19 Subjektive Voraussetzungen	410
I. Bedürftigkeit	410
II. Prozesskostenvorschuss	410
III. Selbstverschuldete Mittellosigkeit	411
IV. Künftiges Vermögen und Kreditaufnahme	412
§ 20 Objektive Voraussetzungen	412
I. Wahrnehmung von Rechten	412
II. Erfolgsaussicht	414
III. Andere Hilfsmöglichkeiten	414
IV. Mutwilligkeit	421
V. Allgemeines Rechtsschutzinteresse	423
VI. Beratungshilfefähiges Rechtsgebiet	424
1. Grundsätzlich alle Rechtsgebiete	424
2. Strafrecht und Ordnungswidrigkeitenrecht	424
3. Verwaltungs- und Sozialrecht	425
4. Verfassungsrecht	425
5. Zusammenhangsfälle	425
6. Auslandsrechtsfälle	425
§ 21 Umfang der Beratungshilfe	426
I. Beratung und Vertretung	426
II. Erforderlichkeit der Vertretung	427
§ 22 Bewilligungsverfahren	429
I. Zuständigkeit	429
II. Antrag	430
III. Gewährungsformen	433
1. Hilfe durch das Amtsgericht (Rechtspfleger)	433
2. Erteilung eines Berechtigungsscheins	434
3. Direktzugang zum Rechtsanwalt	435
4. Anwaltliche Beratungsstellen	436
5. Rechtsbeistände	437

6. Anerkannte Stellen für Verbraucherinsolvenzberatung	437
7. Steuerberater und Steuerbevollmächtigte	437
8. Wirtschaftsprüfer und vereidigte Buchprüfer	437
9. Rentenberater	437
IV. Aufhebung der Beratungshilfe	437
V. Rechtsbehelfe	440
1. Gegen die Versagung der Beratungshilfe	440
2. Rechtsbehelf der Staatskasse gegen die Bewilligung der Beratungshilfe	442
3. Entscheidung	442
§ 23 Gebühren und Vergütung	443
I. Ansprüche gegen den Rechtssuchenden	443
II. Ansprüche gegen den Gegner	444
III. Ansprüche gegen die Landeskasse	446
1. Überblick	446
2. Beratungsgebühr	447
3. Geschäftsgebühr	448
4. Einigungs- und Erledigungsgebühr	450
5. Kumulation der Gebühren nach VV 2503 und 2508 RVG	451
6. Schuldenbereinigungsgebühr	451
7. Übergangsfälle	452
8. Auslagererstattung	452
9. Anspruchsverlust bei notwendiger Zweitberatung	454
10. Vorschussanspruch	454
11. Übergang von Ansprüchen	454
IV. Begriff der „Angelegenheit“ in der Beratungshilfe	455
1. Begriffsbestimmung	455
2. Einzelfälle (alphabetisch)	458
§ 24 Kostenfestsetzungsverfahren	462
I. Zuständigkeit	462
II. Antrag	462
III. Nachweis der Entstehung der Gebühren	462
IV. Umfang der Überprüfung im Festsetzungsverfahren	463
V. Rechtsbehelfe	464
Sachverzeichnis	467